

Niederschrift

zur 51. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 20.03.2014	18:03- 20:00 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Elke Wagner ,

Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler , Martin Gollmer , Käthe Radom , Gerold Sachse ,

CDU-Fraktion

Jürgen Teichmann ,

SPD-Fraktion

Helga Bluschke , Klaus Runge ,

FDP-Fraktion

Petra Schumann ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz ,

Sachkundige BürgerInnen

Gabriele Henschke , Hans-Joachim Lachmann , Jürgen Lüder ,

Verwaltung

Erster Beigeordneter Herr Dr. Fehse, Gleichstellungsbeauftragte Frau Trilling, Fachgruppenleiterin Finanzen Frau Arnold, Fachgruppenleiter Kultur und Sport Herr Diedrich, Fachgruppenleiter Öffentliche Ordnung und Gewerbe Herr Malcher, Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung Herr Politz, Frau Stein fürs Protokoll

Gäste

Frau Kerle vom Integrationsbeirat, Herr Thieme Beauftragter des Caritasverbandes für die Landkreise LOS und LDS, Herr Stemmler von der MOZ, 4 Gäste aus der Bürgerschaft

Abwesend

CDU-Fraktion

Wolfgang Petenati ,

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel , Lutz König ,

Sachkundige BürgerInnen

Sebastian Bernhardt , Susanne Rabe ,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die **Vorsitzende** eröffnet um 18.03 Uhr die 51. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die Ladung ist fristgerecht erfolgt. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Es sind 10 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung bestätigt.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschriften

TOP 4.1 der 50. Sitzung vom 09.01.2014

Wird ohne Änderungswünsche bestätigt.

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 4.2 der gemeinsamen Sitzung mit dem Stadtentwicklungsausschuss vom 18.02.2014

Wird in der vorliegenden Fassung bestätigt.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 5 Informationen der Vorsitzenden

Fr. Wagner erinnert daran, dass die letzte Sitzung in dieser Legislaturperiode (2008/2014) am Donnerstag, den 08.05.2014 stattfindet.

TOP 6 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 6.1 Integration - eine Information durch den Bevollmächtigten des Eigentümers des Objektes Tränkeweg 2 im Rahmen einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit in Fürstenwalde/Spree

Die **Vorsitzende** bezieht sich auf den aktuellen E-Mail-Verkehr und teilt mit, dass die Eigentümer des Objektes nach Rücksprache mit dem Landkreis Oder-Spree, Hr. Opitz und dem Architekten Hr. Müntz gebeten haben, die Teilnahme an der heutigen Sitzung abzusagen.

Anfang April wird ein erstes Gespräch mit Vertretern des Landkreises beim Bürgermeister stattfinden. (Fr. Wagner bietet den Stadtverordneten bei Interesse die Einsicht in den E-Mail-Verkehr an.)

TOP 6.2 Richtlinie zur Förderung der Kultur in der Stadt Fürstenwalde/Spree 5/652

Der Entwurf wurde am 28.01.2014 mit Vertretern Fürstenwalder Kulturvereinen beraten. Von insgesamt 21 Vereinen sind 4 der Einladung gefolgt. Anmerkungen vom Fürstenwalder Kulturverein wurden diskutiert. Abschließend waren sich die Beteiligten einig, dass laut der bestehenden Richtlinie die bisherige Verfahrensweise keiner Änderung bedarf.

Mit Datum vom 07.03.2014 ging ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein (wurde im AIS eingestellt). Die 4 Vorschläge wurden gemeinsam mit der Verwaltungsführung geprüft. **Hr. Diedrich** erläutert die getroffenen Entscheidungen:

1. Im Pkt. 2.4. wird als Satz 2 „Maßnahmen die Barrierefreiheit glaubhaft machen, werden vorrangig gefördert“ eingefügt.
2. Der Pkt. 2.5. wird im Sinne des Antragstellers neu formuliert.
3. Dem Vorschlag zu Pkt. 5.2. (1) dem Zusatz, die Verwaltung informiert den Fachausschuss über eingegangene Anträge regelmäßig vor Entscheidung, wurde nicht entsprochen. Die Stadtverordneten werden über das AIS informiert. Das von der Fraktion angestrebte Verfahren würde eine Entscheidung unverhältnismäßig in die Länge ziehen.
4. Des Weiteren wurde empfohlen, eine ständige Arbeitsgruppe Kulturförderung zu bilden, die zur Entscheidung über die Anträge herangezogen werden sollte. Die Transparenz über die Vergabe der Mittel für die Projektförderung wird wie bereits erwähnt, über das AIS sichergestellt. Aus Sicht der Verwaltung ist eine zusätzliche Arbeitsgruppe nicht erforderlich.

Im Hauptausschuss am 19.02.2014 wurde vorgeschlagen, dass Initiativen aus den Wohngebieten ebenfalls über die Kulturförderung unterstützt werden sollten. Daraufhin wurde die Präambel und der antragsberechtigte Personenkreis angepasst.

Die **Vorsitzende** bittet **Hr. Apitz** bezüglich seines Antrages und der getroffenen Entscheidungen seitens der Verwaltung zu Wort. Zunächst dankt der Abg. der Verwaltung für ihre Bemühungen und bittet erneut über den 2. Pkt. des Antrages, die ersatzlose Streichung des Wortes „alle“ Zuschussmöglichkeiten ... im Pkt. 2.5. zu entscheiden. Die **Stadtverordneten Sachse und Gollmer** stimmen auf Nachfrage dem zu.

Hr. Politz ist der Meinung das Wort „alle“ durch die Angabe der Fördermöglichkeiten auf der Kreis-, Landes- und Bundesebene (wie in der alten Fassung), zu ersetzen. Daraufhin erklären die **Stadtverordneten Fiedler und Apitz**, das sich die Umsetzung in der Praxis schon durch den hohen bürokratischen Aufwand schwierig gestaltet und nicht zum Antragsvolumen in Relation steht.

Hr. Politz weist auf das bisherige Grundprinzip hin, bei diesem der Antragsteller und die Verwaltung partnerschaftlich kooperieren. Auf Grund der jahrelangen vertrauensvollen Zusammenarbeit ist auch **Hr. Dr. Fehse** der Meinung, das Wort „alle“ zu streichen und die restlichen Formulierungen beizubehalten.

Die **Vorsitzende** bittet nun über die im Pkt. 2.5. vorgeschlagene Streichung des Wortes „alle“ zu befinden.

Zustimmung 10 Nein 0 Befangen 0 Enthaltungen 0

Im **3.** Vorschlag des Antrages bittet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Fachausschuss über eingegangene Anträge regelmäßig vor Entscheidung der Verwaltung zu informieren. **Hr. Teichmann** weist darauf hin, dass sich das Antragsvolumen meist im Bereich des „Verwaltungshandelns“ bewegt und warnt davor, die bisherigen Verfahrensweisen zu verkomplizieren. Ergänzend macht **Hr. Dr. Fehse** darauf aufmerksam, wenn im Fachausschuss vor Entscheidung informiert werden soll, wird es durch den Sitzungszyklus zu zeitlichen Verzögerungen zwischen Antragstellung und Zuschussgewährung kommen. Dann könnte die eine oder andere Veranstaltung bereits ohne Förderung stattgefunden haben, so der Beigeordnete.

Der **Abg. Apitz** stimmt den Aussagen zu, erklärt jedoch das bestehende Verfahren der halbjährlichen Informationen aus dem AIS als unzureichend. Er wünscht, dass der Fachausschuss generell zeitnah unterrichtet wird, welches Projekt in welchem Umfang gefördert wurde.

Hr. Teichmann stellt fest, dass dies nicht Bestandteil der Richtlinie sein kann. Aus diesem Grund sollte das Vereinbarte in der Niederschrift der Sitzung festhalten werden.

Die **Vorsitzende** formuliert: „Der Ausschuss für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen beauftragt die Verwaltung zeitnah über eingegangene Anträge in der Kulturförderung zu informieren.“

Zustimmung 10 Nein 0 Befangen 0 Enthaltungen 0

Hr. Apitz ist der Meinung, dass der politische Raum in die Beurteilung der Fördermittelanträge für kulturelle Projekte, **4.** Pkt. des Antrages, mit einbezogen werden sollte, worauf **Fr. Wagner** feststellt, dass dies ja wiederum vor Entscheidung erfolgen müsste.

Hr. Dr. Fehse weist darauf hin, dass die politische Einflussnahme bereits in der Richtlinie geregelt ist. Die Richtlinie stellt ein Gerüst dar, nach dem die Verwaltung auch ohne Arbeitsgruppe handeln kann.

Auch der **Abg. Sachse** ist der Meinung, dass eine Arbeitsgruppe überflüssig ist. Für die politische Entscheidung ist der Fachausschuss zuständig. Des Weiteren können die Stadtverordneten ihre Entscheidungen im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen geltend machen.

Abschließend bittet die **Vorsitzende** um ein Votum zum **4.** Vorschlag des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, eine Arbeitsgruppe zu gründen.

Zustimmung 1 Nein 7 Befangen 0 Enthaltungen 2

Nachdem der Ausschuss abschließend über den Antrag befunden hat, bittet die **Abg.**

Fiedler die Bezeichnung „Bürgerinnen und Bürger“ mit „Einwohnerinnen und Einwohnern“ auszutauschen. Laut der Kommunalverfassung sind Bürger wahlberechtigte Personen. Einwohner definiert alle natürlichen Personen.

Zum Pkt. 3 der Richtlinie, Heimat- und Traditionspflege, möchte die Abg. wissen, ob menschenverachtendes Gedankengut darin ausgeschlossen ist, worauf **Hr. Sachse** anmerkt, dass das schon allein die Formulierung „...die das Kulturangebot bereichern.“ ausschließt.

Abschließend fordert **Fr. Wagner** auf, über die Richtlinie zur Förderung der Kultur in der Stadt Fürstenwalde/Spree, unter Beachtung der zuvor abgestimmten Änderungen und der Austausch der Bezeichnung „Bürger“ mit „Einwohner“, abzustimmen bzw. der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen.

Zustimmung mit Änderung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.3 Richtlinie zur Förderung des Sports in der Stadt Fürstenwalde/Spree 5/653

Die vorliegende Neufassung wurde am 31.01.2014 mit Vertretern der Sportvereine beraten. Im Ergebnis verständigten sich die 17 Vereinsvertreter aus 14 Vereinen und die Verwaltung einvernehmlich auf folgende Veränderungen.

1. Dem Pkt. 3.2. (2) wurde der „...Kreissportbund Oder/Spree...“ hinzugefügt.
2. Der im Pkt. 3.6. (2) bestehende Text wird durch „...außer geringfügiger Wirtschaftsgü-

ter...“ergänzt.

3. Streichung des Pkt. 2.3. (2).

Des Weiteren wurde über den Pkt. 3.2. „Besondere Förderung für Vereine mit hohem Jugendanteil“ und über eine mögliche Förderung der Übungsleiter Aus- und Weiterbildung auch durch die Stadt Fürstenwalde beraten. Im Ergebnis war sich die Mehrheit der anwesenden Vereinsvertreter einig, dass in diesen Punkten keine Veränderung des Entwurfes erfolgt.

Die im Anhang der Richtlinie anhängenden „Kriterien der Vergabe von Sportstätten“ werden als Entscheidungshilfe bei der Sportstättenvergabe herangezogen.

Auf Grund der Diskussionen im Hauptausschuss am 19.02.2013, bezüglich Einbindung der Kiezarbeit in die Richtlinie, hat die Verwaltung entschieden, den Pkt. 2.3. (2), „...sonstige Veranstalter mit einem ein breites Publikum ansprechenden Angebot...“ zu erhalten.

Zum Pkt. 2.6. regt **Hr. Apitz** an, auch hier das Wort "alle" Zuschussmöglichkeiten ... ersatzlos zu streichen.

Der **Abg. Runge** stellt fest, dass die von den Vereinsvertretern gewünschten Änderungen, außer die Streichung des Pkt. 2.3. (2), im vorliegenden Entwurf Berücksichtigung gefunden haben. Er bittet dem Wunsch der Vereine nachzukommen und die ersatzlose Streichung des Pkt. 2.3. (2) vorzunehmen.

Er ist der Meinung, dass die Voraussetzungen für alle einheitlich gelten sollten.

Das Wort "alle" Zuschussmöglichkeiten ..., Pkt. 2.6., sollte der Kulturförderrichtlinie angepasst und gestrichen werden.

Fr. Fiedler bittet auch in dieser Richtlinie die Bezeichnung „Bürgerinnen und Bürger“ mit „Einwohnerinnen und Einwohnern“ auszutauschen. Des Weiteren schlägt sie vor, die im Pkt. 3.2. angeführte Dopplung „...hoher Jugendanteil über 20 % ...“, das Wort „hoher“ zu streichen.

Zum Vorschlag den Pkt. 3.3. (2) ... Traditionsveranstaltungen ..., mit Sportveranstaltungen zu erweitern, erklärt **Hr. Diedrich**, dass der Vorschlag die angedachte Förderkulisse voll abdeckt.

Hr. Sachse schließt sich der Meinung des **Abg. Runge** bezüglich des Gemeinnützigkeitsstatus an, worauf **Hr. Politz** aufmerksam macht, wen eine Förderung gewährt wird, der ist von der Haftung nicht ausgeschlossen (Verwendungsnachweise)!

Hr. Sachse zieht in Erwägung, die Bezeichnung „nicht kommerzieller Verein“ einzubringen. Daraufhin erklärt **Hr. Teichmann**, dass gemeinnützige Vereine nicht kommerziell sind. Er schlägt vor, den Ergebnissen aus der Zusammenkunft der Sportvereinsvertreter bzw. der „Fachleute“ nachzukommen und die Diskussion hier nicht weiter fortzuführen.

Abschließend beantragt der **Abg. Runge** den Satz 2.3. (2) ersatzlos zu streichen.

Fr. Wagner fasst zusammen und schlägt vor, dem Ansinnen der kompetenten Sportvereine zu folgen und den Änderungsvorschlägen nachzukommen:

1. die Bezeichnung „Bürger“ mit „Einwohner“ auszutauschen,

2. im Pkt. 2.6. das Wort "alle" und im Pkt. 3.2. das Wort "hohen" ersatzlos zu streichen sowie

3. gänzlich den Pkt. 2.3. (2).

Im Einverständnis mit den stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses, wird über alle Änderungen im Block abgestimmt.

Zustimmung 10 Nein 0 Befangen 0 Enthaltungen 0

Der Fachausschuss empfiehlt den Entwurf der Richtlinie zur Förderung der Kultur in der Stadt Fürstenwalde/Spree mit den heute abgestimmten Änderungen der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss.

Zustimmung mit Änderung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.4 Diskussion zum Haushaltsplan 2014

In der Fraktion DIE LINKE hat bereits die erste Haushaltsberatung stattgefunden. **Hr. Dr. Fehse** möchte die sich daraus ergebenden Anfragen und die Produkte des Fachbereichs Bürgerdienste erläutern. Für Fragen die die einzelnen Fachgruppen betreffen, hat er die Fachgruppenleiter Hr. Malcher, Hr. Diedrich und Hr. Politz eingeladen. Da sich die Haushaltsansätze der Fachgruppen Wohnungswesen, Bürgerbüro und Standesamt nur auf die laufenden Verwaltungstätigkeiten beschränken, ist die Anwesenheit der Fachgruppenleiterinnen hier nicht erforderlich.

Anhand einer Präsentation (Ist als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt.) erläutert der Kämmerer den Gesamtergebnis- und Gesamtfinanzierungsplan im Vergleich der Jahre 2012, 2013 und stellt den Ansatz für 2014 vor.

Die Entwicklung der freiwilligen Leistungen zeigt geringe Abweichungen gegenüber dem Vorjahresniveau. Das ist darin begründet, dass von der institutionellen Förderung des Bürgerhauses „Fürstenwalder Hof“ abgegangen wurde und nur noch veranstaltungsbezogene Förderungen über die Fachgruppe Kultur und Sport erfolgen. Die übrigen Förderungen in diesem Bereich sind nicht reduziert worden.

In der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen ist auf Grund der Neueinstellungen im Erzieherbereich (Kitas) ein leichter Anstieg zu erkennen. Ab August werden drei Erzieher vom LOS für das Wohnheim (JGH) übernommen. Im Gegenzug werden durch die Übergabe der Oberschulen an den Landkreis zwei Schulsachbearbeiter- und zwei Hausmeisterstellen abgegeben. Des Weiteren wurde die Stelle des Fachgruppenleiters in der Fachgruppe Bau- und Liegenschaftsmanagement besetzt. Eine zusätzliche Sachbearbeiterstelle in der Kasse ist geplant. Der Kämmerer geht davon aus, dass die derzeitigen Tarifverhandlungen ebenfalls Auswirkungen auf den Anstieg der Personalkosten haben werden.

In der Haushaltberatung mit der Fraktion DIE LINKE wurde nachgefragt, warum der Anstieg der zu betreuenden Kinder ab 2011 nicht voraussehbar war? Anhand von Statistiken stellt Hr. Dr. Fehse die angemeldeten Kinder in den Kindereinrichtungen der freien Träger und der Stadt sowie die aktuellen Geburtenzahlen in den Jahren 2004 bis 2014 gegenüber. Im Ergebnis sind die Anmeldezahlen seit 2011 steigend. Die gesamte Einwohnerentwicklung/Kommunalstatistik zu den Geburten und Sterbefällen, Zu- und Wegzügen seit 2004, begründen den Anstieg nicht. Es ist anzunehmen, dass die Arbeitslosenquote durch Zunahme von Beschäftigungsverhältnissen gesunken und somit der Betreuungsbedarf für die Kinder in Kita und Hort gestiegen ist. Der Kämmerer wird sich diesbezüglich mit dem Arbeitsamt in Verbindung setzen und den politischen Raum über das Ergebnis informieren.

Hr. Politz weist ergänzend darauf hin, dass nicht nur die Kinderzahl seit 2011 angestiegen ist, sondern auch die Kapazitäten der Betreuungsplätze (besonders bei den freien Trägern) erweitert wurden.

Anschließend geht **Hr. Dr. Fehse** auf die Entwicklung der Schülerzahlen, unter Berücksichtigung der Ausländer, Flüchtlinge, Asylbewerber sowie Integrationsschüler, an den städtischen Grund- und Oberschulen ein.

Der Haushaltsansatz 2014 für Investitionen im Bereich Schulen und Kultur belaufen sich auf ca. 6,68 Mill. €. Der Erweiterungsbau am Hort „Wirbelwind“, Kosten 2014 2 Mill. €, sind nicht im Haushalt ausfinanziert. Hier wurde die Finanzierung aus dem Ausgleichsfond gemäß § 16 des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes über den Landkreis Oder-Spree, beim Land Brandenburg beantragt.

Für die Fertigstellung des Wohnheimes (JGH) hat sich der Kostenrahmen auf 395 Tsd. € erhöht. Hr. Dr. Fehse erläutert, wie sich der Mehrbedarf begründet, der vom Land als förderungsfähig eingeschätzt wird.

Bei dem Projekt Sonnengrundschule handelt es sich in 2014 um eine Kostenerhöhung von ca. 215 Tsd. €. Davon sind ca. 160 Tsd. € nicht förderungsfähig und müssen aus dem Haushalt der Stadt aufgebracht werden.

Weiterhin sind in der Haushaltsplanung 2014 die Fertigstellung des Altes Rathauses, die Restleistungen im Sanierungsgebiet Erweitertes Domumfeld – Bischofsschloss, die Sicherung und Erhalt des Jagdschlusses und des Speichers sowie die inklusiven Maßnahmen an der Sigmund-Jähn-

Grundschule, wie die Errichtung einer behindertengerechten Rampe, eines behindertengerechten WCs und der Umbau des Eingang zum Speiseraum, integriert.
Abschließend stellt Hr. Dr. Fehse das neue Programm Aktive Stadtzentren und mögliche Projekte die in diesem Rahmen umgesetzt werden können, vor.

Die **Vorsitzende** dankt für die Ausführungen und eröffnet die Diskussion.

Fr. Radom hinterfragt die ausgewiesene Summe zur Förderung der Wohlfahrtspflege, die eine Differenz zur beschlossenen Gesamtsumme in Höhe von 149 Tsd. € aufweist. **Fr. Arnold** erklärt, dass in der Anlage ein Rechenfehler aufgetreten ist, dem Teilhaushalt jedoch der korrekte Betrag zu entnehmen ist.

Des Weiteren hat die Abg. festgestellt, dass die Selbsthilfegruppen (F.I.K.S. e.V.) alle mit 50 € gefördert werden, nur die Selbsthilfegruppe Parkinson erhält 100 €. **Hr. Politz** ist der Meinung, dass dies mit Mehrausgaben im Zusammenhang stehen könnte und verweist auf die Antragstellung 2013 (Unterlagen der Wohlfahrtspflege stehen den Stadtverordneten seit 10/2013 zur Verfügung).

Abschließend bittet Fr. Radom bei der Planung der Bushaltestellen zukünftig zu beachten, dass nicht nur in der Haltestelle gepflastert wird, sondern auch der Bereich zwischen Haltestelle und Fahrbahn, da dies eine akute Unfallgefahr, besonders bei Schneeablagerungen, darstellt (z. B. in der Trebuser Straße).

Der Kämmerer informiert, dass der Ansatz im Bereich Kultur und Soziales wie im Vorjahr gleich geblieben ist. **Hr. Apitz** fragt nach, ob Inflationseinflüsse bzw. Kostensteigerungen berücksichtigt worden sind. **Hr. Politz** erklärt, dass kein pauschaler Ausgleich der Teuerungsrate erfolgt und jeder Antrag im Einzelfall geprüft wird. Z. B. wird in der Wohlfahrtspflege oder Jugendpflege ungefähr das gleiche Niveau gehalten, jedoch ist jährlich ein geringer Anstieg zu beobachten. Er begründet dies gerade am Beispiel der Jugendpflege mit den tariflichen Entwicklungen.

Der Abg. möchte wissen, ob es zum Investitionsanteil bei der Finanzierung des Wohnheims (JGH) eine verbindliche Zusage vom Landkreis gibt. **Hr. Dr. Fehse** erläutert, wenn der Landkreis keinen Investitionsschub leisten kann, muss die Kommune vorfinanzieren und die Kosten jährlich über die Abschreibung umlegen (Refinanzierung). Da über die Medien öffentlich bekannt ist, dass der Landkreis liquide ist, wird mit der Form des direkten Zuschusses gerechnet.

Hr. Sachse fragt zum Erweiterungsbau am Hort "Wirbelwind" nach, welche Möglichkeiten der Finanzierung bestehen, wenn die Mittel aus dem Ausgleichsfonds des Landes nicht genehmigt werden. Der **Kämmerer** erklärt nochmals, dass der Stadt nachweislich keine Mittel zur Verfügung stehen und das Bauwerk nur mit Fremdmitteln errichtet werden kann. Der Landkreis hat den Bedarf festgestellt. Nun muss das Ministerium entscheiden, ob die Mittel nach § 16 Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes gewährt werden oder eine Kreditgenehmigung erfolgen muss.

In Anbetracht der Tatsache, dass Fürstenwalde Schwerpunkt für die Aufnahme von Asylbewerbern wird, ist Hr. Sachse der Meinung, wenn die Zuständigkeit auch beim Landkreis liegt, dass sich die Stadt auf präventives Handeln, Einplanen von Haushaltsmitteln, einstellen sollte. **Hr. Dr. Fehse** weist auf die Möglichkeiten der außer- und überplanmäßigen Ausgaben im Rahmen der Haushaltsdurchführung hin. Somit kann im konkreten Bedarfsfall reagiert werden. Dazu wird am 02.04.2014 eine erste verwaltungsinterne Runde mit allen beteiligten Trägern beim Bürgermeister stattfinden.

Abschließend bittet die **Vorsitzende** über den Haushaltsplan 2014, bezogen auf den Fachbereich Bürgerdienste, zum Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung abzustimmen.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 7 Informationen der Verwaltung

Es liegen keine Informationen seitens der Verwaltung vor.

TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Hr. Runge informiert, dass sich in Höhe des Eingangs Kaiserhofes von der Eisenbahnstraße aus gesehen Poller befinden, die den Verkehr behindern. Dies betrifft insbesondere Notarztwagen, die wegen der sich dort befindenden Arztpraxis halten müssen.

Des Weiteren hat er schon mehrfach beobachtet, dass das vorhandene Stoppschild an der Eisenbahnstraße/Ecke Seelower Straße von den meisten Verkehrsteilnehmern ignoriert wird. **Hr. Malcher** ist die Situation bereits durch die Unfallkommission (setzt sich aus Vertretern des LOS, der Polizei und der FGen Straßen und Grünflächen sowie Öffentliche Ordnung zusammen) bekannt. Dieser Bereich wurde im Auftrag des Fachbereichs Stadtentwicklung von einem Ingenieurbüro untersucht. Die verkehrsrechtliche Anordnung wird damit begründet, dass Unfälle, insbesondere mit Radfahrern, minimiert werden sollen. Der Sachverhalt wird an die zuständige Fachgruppe Straßen und Grünflächen weitergeleitet.

Auf Anfrage stellt die **Vorsitzende** fest, dass es keine Informationen und Anfragen für den nicht öffentlichen Teil der Sitzung bestehen. Aus diesem Grund bittet sie die **Stadtverordneten** über die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 09.01.2014 abzustimmen.

Zustimmung 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Der nicht öffentliche Teil entfällt.

TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Fr. Wagner dankt für die konstruktive Mitarbeit und beendet die 51. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen.

Die Niederschrift umfasst 7 Seiten. Es ist eine Anlage beigefügt.

Elke Wagner

Vorsitzende

Schriftführer